

WINDKRAFT

Keine Energiewende um jeden Preis

04.04.2014 | 17:34 Uhr



Windräder bei Altenrütten.

Foto: Armin Obalski

Schmallenberg. Lokale Bürgerinitiativen gegen Windkraft haben sich in Schmallenberg zu einem landesweitem Bündnis zusammengeschlossen. Ihre Zentrale Forderung: Windradhöhe x 10 = Mindestabstand.

Wenn die Windkraftgegner eines nicht hören können, dann ist es der Vorwurf, sie verführen nach dem St.-Florians-Prinzip, das in ihrem Fall wohl abgewandelt „Verschon mein Haus, blas' andere an“ lauten müsste. Ihnen geht es um Grundsätzliches. Und eigentlich wollen sie auch keine Windkraftgegner sein. „Wir sind für Windkraft“, betont der Iserlohner Volkmar Pott, „aber für einen entschleunigten Ausbau mit Vernunft. „VernunftWende“ heißt deshalb das Bündnis, zu dem sich Ende März in Schmallenberg 20 lokale Bürgerinitiativen aus NRW zusammengeschlossen haben.

Die Initiative für eine landesweite Plattform, die in vielen anderen Bundesländern schon länger existiert, ging von Katharina Völlmecke aus Brilon aus. Sie sprach zunächst Gruppen im nahen Umfeld an und weitete den Kreis dann weiter aus. Dieser Ursprung erklärt ein westfälisches Übergewicht im noch jungen Bündnis. „Aber das wird sich ändern, wenn wir erst auf 50, 60 oder 80 Bürgerinitiativen angewachsen sind“, meint Stephan Pieper aus Schmallenberg, einer von fünf Sprechern der Neugründung.

Mit einer Stimme gegenüber der Landespolitik sprechen

Zu denen gehört auch Pott. „Logisch und notwendig“ nennt er den Zusammenschluss, weil viele kleine Gruppen überfordert seien, wenn plötzlich ein großer Investor vor Ort auftauche und weil es wichtig sei, gegenüber der Landespolitik mit einer Stimme aufzutreten. Und diese Stimme erhebt einige Kernforderungen.

Die erste: Der Abstand von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung muss mindestens das Zehnfache der Gesamthöhe der Windräder betragen. Eine derartige Regelungen plant derzeit Bayern, während NRW-Umweltminister Johannes Remmel dies strikt ablehnt und auf Einzelfallentscheidungen der Kommunen setzt.

Der zweite Punkt: Keine Windkraftanlagen im Wald. „Aus Gründen des Arten- und Naturschutzes“, erläutert Volkmar Pott. Genau so wichtig ist ihm der dritte: Abschaffung der Privilegierung für Windenergie durch den § 35 des Baugesetzbuches.

Die Windkraft-Lobby und viele Politiker verschwiegen die Risiken der Windkraft, meint Pieper. Als da wären? „Das Landschaftsbild wird zerstört, Anwohner werden optisch bedrängt, von Schlagschatten und Lärm belästigt, und die Immobilienpreise verfallen. Wer zieht schon in einen Windpark.“ Übertriebene Befürchtungen? „Wir reden nicht von den Windrädern, die heute die Landschaft prägen“, sagt Pott. „Wir reden von Maschinen, die 200 Meter hoch sind. Die sind nicht nett, ästhetisch und gemütlich. Da wird Industrie in die Wälder gepflanzt.“

Katharina Völlmecke äußert sich ähnlich: „Für die Energiewende ist aus Sicht des Gesetzgebers jedes Mittel recht. Aber der Zweck heiligt eben nicht immer die Mittel, muss doch die Gesundheit und eine intakte Natur stets im Vordergrund stehen.“ Aber sie ist optimistisch: „Die Bürger erwarten ein Umdenken der Politik, hin zu mehr Vernunft. Der Widerstand gegen den Ausbau der Windkraft wird zu einer Massenbewegung.“ Täglich stießen weitere Bürgerinitiativen zum NRW-Bündnis dazu.

Mehr als 20 000 Menschen haben unterschrieben

Volkmar Pott sorgt sich auch um den gesellschaftlichen Zusammenhalt: „In manchen Dörfern grüßt der Bauer, der in Windkraft investieren will, die Mitglieder der Bürgerinitiativen nicht mehr.“

Und für wie viele Bürger spricht „VernunftWende“? „Mehr als 20 000 haben für unsere Ziele unterschrieben“, sagt Stephan Pieper. Mitgliederzahlen für die Bürgerinitiativen will er nicht nennen.

Harald Ries